
Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Bildung und Soziales am
03.12.2024

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 18:14 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau

Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende, Frau Stadträtin Gabriele Perl, begrüßt die Ausschussmitglieder und Gäste, eröffnet die Sitzung, stellt die form- und fristgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 7 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Herr Stadtrat Hofmann kommt 16:35 Uhr (Beginn TOP 6) zur Sitzung. Damit sind 8 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

- 2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Es liegen keine Änderungs- oder Ergänzungsanträge seitens der Ausschussmitglieder vor. Die Ausschussvorsitzende stellt die Tagesordnung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 7:0:0

- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 22.10.2024

Es liegen keine Wortmeldungen oder Änderungsanträge vor. Die Ausschussvorsitzende stellt die Niederschrift vom 22.10.2024 zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 6:0:1

- 4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Frau Ausschussvorsitzende Perl informiert, dass in der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Bildung und Soziales am 22.10.2024 keine nichtöffentlichen Beschlüsse gefasst worden sind.

5 Einwohnerfragestunde

Der Verwaltung liegen keine Anfragen vor. Aus der Sitzung heraus wurden keine Anfragen gestellt.

6 Öffentliche Anfragen und Informationen der Stadträte

Herr Stadtrat Hofmann kommt 16:35 Uhr zur Sitzung (Beginn TOP 6). Damit sind 8 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

Frau Stadträtin Neumann erbittet eine Übersicht aller Schulabbrecher und Schulabgänger der 9. und 10. Klassen an Haupt- und Sekundarschulen, welche die Schule ohne Abschluss in den letzten 3 Schuljahren verlassen haben.

Herr Kuras, Leiter des Amtes für Bildung und Schulentwicklung, informiert, dass diese Zahlen seitens der Stadt nicht erhoben werden, sondern hier das Landesschulamt verantwortlich ist. Eine Zureichung wird durch das Amt für Bildung und Schulentwicklung unter Beteiligung des Landesschulamtes geprüft und, sofern Daten zugearbeitet werden, erfolgen.

Auf Wunsch von **Frau Stadträtin Grabner** wird die Information an alle Stadträte weitergeleitet.

Frau Stadträtin Grabner erkundigt sich zum Stand der Besetzungsverfahren hinsichtlich vakanter Stellen in der Hauptbibliothek und der Bibliothek in Roßlau und möchte zudem wissen, ob die Bewerber eine entsprechende Rückmeldung erhalten.

Weiterhin stellt sie die Frage, ob es in Kürze eine Sondersitzung bzgl. der Haushaltsplanung geben wird.

Darüber hinaus möchte **Frau Grabner** wissen, wie hoch der Haushaltseintrag für den baulichen Unterhalt der Schulen ist und wie viel Mittel bereits abgeflossen sind.

Frau Erxleben, Leiterin des Haupt- und Personalamtes, informiert, dass gegenwärtig die Ausschreibungs- und Besetzungsverfahren laufen. Rückmeldungen an die Bewerber erfolgen in jedem Fall. **Herr Kuras** ergänzt, dass für die Leitung der Ludwig-Lippmann-Bibliothek in Roßlau eine Besetzung mit einer internen Bewerberin erfolgen wird. Mit erfolgreicher Stellenbesetzung wird die Notwendigkeit der Einschränkungen von Öffnungszeiten überprüft.

Weiterhin führt **Herr Kuras** zum baulichen Unterhalt aus. Eine schriftliche Beantwortung folgt.

Frau Ausschussvorsitzende Perl informiert, dass am 14.01.2025 planmäßig die erste Sitzung des Ausschusses stattfindet. Es handelt sich dabei nicht um eine Sondersitzung.

Frau Stadträtin Bebber informiert, dass ihre Fraktion einen zentralen Ort für die Unterbringung wohnungsloser Personen, bspw. die leerstehende Chapon-Schule, vorschlägt.

Frau Paesold, Leiterin des Amtes für Soziales und Integration, informiert zum aktuellen Stand und wird den Vorschlag der Fraktion mit in die Überlegungen einbeziehen. Eine regelmäßige Information wird auch künftig im Ausschuss für Gesundheit, Bildung und Soziales erfolgen.

Herr Zeller, Sachkundiger Einwohner, erfragt, ob es ein Stadtbildungskonzept gibt.

Frau Paesold informiert, dass ein erster Bildungsbericht im Jahr 2011 erschienen ist und dieser fortgeschrieben wurde. **Herr Kuras** führt ergänzend aus.

Frau Ausschussvorsitzende Perl informiert, dass die Berufungskommission bzgl. des Senioren- und Behindertenbeirates getagt hat. Für den Behindertenbeirat hat sich Frau Bebber zur Verfügung gestellt, für den Seniorenbeirat stellt sich Frau Perl zur Verfügung. Gleichwohl ergeht die erneute Bitte an die Ausschussmitglieder, in den Fraktionen eine Bereitschaft zum Mitwirken in den Gremien nochmals zu thematisieren, da noch zwei weitere Stadträte zu benennen wären. Frau Perl bedankt sich für die bisherige Unterstützung der Fraktionen und bei Frau Bebber für die Bereitschaft zur Mitwirkung in dem Gremium.

Eine Beschlussvorlage wird von der Verwaltung erstellt und im nächsten Jahr in den Ausschuss für Gesundheit, Bildung und Soziales sowie den Stadtrat eingebracht.

6.1 Sonstige Anfragen und Mitteilungen der Verwaltung

Frau Paesold informiert, dass den Trägern der Freien Wohlfahrtspflege gegenüber ein vorzeitiger Maßnahmebeginn erteilt worden ist. Die entsprechende Bindungsermächtigung für alle Fortsetzungsmaßnahmen der Träger, die einen Antrag gestellt hatten, liegt vor. Eine Übersicht zu den einzelnen Trägern wird dem Ausschuss im Rahmen der Haushaltsberatung vorgelegt.

Darüber hinaus teilt **Frau Paesold** zur Bezahlkarte Folgendes mit:

Der Einführungsprozess erfolgt durch den Bund bzw. das Land Sachsen-Anhalt. Derzeit werden die Mitarbeiter geschult. Die Zustellung der Karten wird in Kürze erwartet. Mit einer Auszahlung über die Bezahlkarte wird mit den Leistungen für

Februar 2025 gerechnet. Gegenwärtig wird ein mehrsprachiges Informationsschreiben für die künftigen Nutzer erarbeitet.

Derzeit erhalten 412 Personen Leistungen nach dem AsylbLG. Davon sind 215 Personen volljährig, die die Bezahlkarte künftig nutzen werden.

Nachfragen der Stadträte wurden abschließend beantwortet.

6.1.1 Information des ehrenamtlichen Seniorenbeauftragten

Herr Wolfram, ehrenamtlicher Seniorenbeauftragter der Stadt Dessau-Roßlau, informiert zu den Aktivitäten der vergangenen Monate. U. a. hat es vermehrte Anfragen bezüglich der Wahl der neuen Beiräte (Senioren- und Behindertenbeirat) gegeben. Weiterhin wurde an einer Besichtigung der DWG (Törtener Straße) teilgenommen. Hier werden überwiegend 1- und 2-Raum-Wohnungen hergerichtet. Die Besichtigung wurde gut vorbereitet und wurde sehr gut besucht. Die Volkssolidarität war ebenfalls vor Ort.

Darüber hinaus wurde seitens der Verwaltung das Integrierte Stadtentwicklungskonzept (INSEK) im Seniorenbeirat vorgestellt.

Ergänzend gibt Herr Wolfram dem Ausschuss folgende aktuelle Zahlen der Statistikstelle der Stadt Dessau-Roßlau bekannt:

- 79.783 Einwohner leben in der Stadt Dessau-Roßlau,
- Davon sind 32.668 über 60 Jahre alt,
- 25.719 über 65 Jahre alt und
- 63 Einwohner über 100 Jahre alt.

Frau Ausschussvorsitzende bedankt sich für die ausführlichen Informationen und betont, wie wichtig die Arbeit des Seniorenbeauftragten ist und, dass der verhältnismäßig große Anteil älterer Menschen durch die Stadt bei der Aufgabenerfüllung beachten werden muss.

6.1.2 Information zum Entwurf des 18. Schulgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt

Herr Kuras informiert anhand einer Power-Point-Präsentation zum aktuellen Sachstand bezüglich des Entwurfes des 18. Schulgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt. Die Präsentation wird als Anlage (1) zur Niederschrift genommen.

Herr Zeller informiert, dass es auf Initiative der CDU-Fraktion ein Treffen mit der Ministerin Feußner gegeben hat und es sich hier lediglich um einen ersten Entwurf handelt. Aus diesem Grund versteht er nicht, wieso in Dessau-Roßlau aufgrund dessen bereits so eine Unruhe entstanden ist. Weiterhin teilt er mit, dass die Stadt

mit anderen Zahlen als das Ministerium rechnet und möchte wissen, ob die inzwischen aktualisierten Zahlen nun auch bei der Stadt vorliegen.

Herr Kuras informiert, dass die Zahlen in regelmäßigen Abständen abgeglichen werden. Ihm ist nicht bekannt, dass die Stadt Dessau-Roßlau mit anderen Zahlen arbeitet, als diese, die dem Ministerium vorliegen.

Frau Grabner möchte wissen, ob es eine Reaktion des Landesschulamtes bzgl. der nicht vorgelegten Schulentwicklungsplanung gibt.

Herr Kuras führt aus, dass im Juli 2023 unter dem politischen Willen, die Bestandskraft beider Gymnasien zu erhalten, die Fristverlängerung für die Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung bis zum Schuljahr 2026/2027 beantragt wurde. Dies wurde in Teilen, nämlich bis zum 31.12.2024 genehmigt. Mit dem möglichen neuen Schulgesetz wurde um Aussetzung dieser Frist bis zum Erlass des neuen Schulgesetzes gebeten, da hier weitere Möglichkeiten (Kooperationen) zur Debatte stehen, die möglicherweise Einfluss auf die Bestandskraft beider Gymnasien hätten. Dies ist der Verwaltung jedoch nicht gelungen. Der Oberbürgermeister hatte daraufhin die Ministerin Feußner nochmals ersucht. Es wurde signalisiert, dass das Ministerium der Stadt entgegenkommt. Zur Stadtratssitzung am 11.12.2024 liegt die verschriftlichte Entscheidung vor, sodass im Rahmen dieser Sitzung weiter informiert wird.

Weiterhin informiert **Herr Kuras**, dass die Sekundarschule am Schillerpark eine Gemeinschaftsschule werden möchte und diesbezüglich alles auf den Weg bringen wird und erläutert kurz das Verfahren.

Frau Sternickel, sachkundige Einwohnerin, möchte wissen, ob die räumlichen Gegebenheiten in den vorhandenen Schulgebäuden überhaupt eine höhere Klassenstärke zulassen, wie es das neue Gesetz vorsieht und verweist hier auf Vorgaben zur Anzahl der Quadratmeter pro Schüler. Wie würden bauliche Veränderungen finanziert und umgesetzt werden?

Zum heutigen Zeitpunkt, führt **Herr Kuras** aus, kann hierauf keine abschließende Antwort gegeben werden. Dies bedingt eine intensive Prüfung aller vorhandenen Gebäude. Es ist aber davon auszugehen, dass viele Klassenräume der höheren Klassenstärke baulich nicht entsprechen werden können.

7 Beschlussfassungen

- 7.1 2. Novellierung Gesamtmaßnahmebeschluss
Teilsanierung integrative Kindertageseinrichtung "Buratino" in
Meinsdorf
Vorlage: BV/051/2024/III-65**

Frau Ellenberger, Leiterin des Amtes für zentrales Gebäudemanagement, führt in die BV ein.

Frau Grabner möchte wissen, ob der Missstand nicht schon vor Abnahme hätte erkennbar sein können und ob die Stadt für dieses Projekt Fördermittel beantragt hat.

Frau Ellenberger informiert, dass dies nicht erkennbar war. Hierzu war die Demontage notwendig. Die Mängel wurden erst hinter den Trockenbauwänden in den Decken- und Wandkonstruktionen sichtbar. Fördermittel wurden für die ursprünglich geplante Maßnahme beantragt. Für die Fortführung wurden keine weiteren Fördermittel beantragt. Es wird noch mal eine Prüfung erfolgen, ob Fördermittel beantragt werden können.

Herr Zeller bittet um Information, ob durch die Kostensteigerung der Immobilienwert möglicherweise außer Verhältnis steht. Eine Beantwortung folgt im Nachgang.

Herr Stadtrat Ratzmann äußert seinen Unmut über die regelmäßigen Fehlplanungen hinsichtlich sämtlicher Bauvorhaben der Stadt Dessau-Roßlau, wodurch es zu ständigen weiteren Novellierungen und Kostensteigerungen kommt.

Frau Sternickel möchte wissen, wo die Kinder der Kita St. Marien künftig untergebracht werden und wieso die Stadt es duldet, Kinder in der maroden Einrichtung Buratino zu betreuen.

Herr Deckert, Leiter des Jugendamtes, informiert, dass alle betroffenen Gebäudeteile abgesperrt sind. D.h., dass die Kinder sicher untergebracht sind und betreut werden können. Die Eltern der Kinder in der Kita St. Marien haben alle eine neue Betreuungsmöglichkeit für ihr Kind gefunden. Der EB DeKiTa hat in der Einrichtung Fuchs & Elster freie Plätze angeboten. Dies haben wenige Eltern in Anspruch genommen. Alle anderen haben sich für anderer Träger und Einrichtungen entschieden.

Weitere Nachfragen seitens der Ausschussmitglieder liegen nicht vor. **Die Ausschussvorsitzende** stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Die Vorlage wurde einstimmig ungeändert beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 8:0:0

7.2 Prioritätenliste zur Gewährung von Zuwendungen zum beschleunigten Infrastrukturausbau der Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter aus Mitteln des Investitionsprogrammes des Bundes (Richtlinie Ganztagsbetreuung II)

Vorlage: BV/315/2024/IV-51

Herr Deckert führt in die Beschlussvorlage ein. Fragen seitens der Ausschussmitglieder wurden abschließend beantwortet.

Die Ausschussvorsitzende stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Die Vorlage wurde einstimmig ungeändert beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 8:0:0

**7.3 Anpassung des Schlüssigen Konzeptes zur Ermittlung der angemessenen Bedarfe für Unterkunft in der Stadt Dessau-Roßlau (Bezug BV/112/2024/IV-50)
Vorlage: IV/051/2024/IV-50**

Frau Paesold führt in die Informationsvorlage ein. Seitens der Ausschussmitglieder gibt es keine Rückfragen.

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

10 Schließung der Sitzung

Frau Ausschussvorsitzende Perl schließt die Sitzung um 18:14 Uhr und verabschiedet die Ausschussmitglieder und Gäste.

Dessau-Roßlau, 16.09.25

Gabriele Perl

Vorsitzende Ausschuss für Gesundheit, Bildung und Soziales Schriftführer